

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 35 (1994)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Stellt Österreich die Weichen?  
**Autor:** Brückner, Michael  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092898>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Michael Brückner zur EU-Erweiterung

# Stellt Österreich die Weichen?

**Stimmungswechsel in Europa? Vor zwei Jahren stürzte die damalige Europäische Gemeinschaft (EG) über die umstrittenen Maastrichter Verträge in eine tiefe Orientierungskrise. In diesen Wochen, so scheint es, kehrt die mittlerweile als Europäische Union (EU) bezeichnete Staatengruppe wieder zur Normalität zurück. Mit Zweidrittelmehrheit plädierten die Österreicher für eine Integration. Von solchen Voten ist Brüssel seit Jahren nicht mehr verwöhnt worden.**

Die Ergebnisse des europäischen Wahlsonntags am 12. Juni lassen keine verbindlichen Schlüsse auf die Befindlichkeit der Bürger in der Union zu. Während die Österreicher «im Triumph nach Europa» zogen, wie ein Wiener Nachrichtenmagazin titelte, deuten sowohl die Wahlbeteiligung als auch die Resultate in vielen Staaten der EU eher auf ein Fortbestehen des europäischen Unbehagens hin. Nur wenig mehr als 50 % der Franzosen gingen überhaupt zur Wahlurne. Zudem bildeten jene Parteien, die sich für den Maastricht-Prozess engagiert hatten, dieses Mal eine knappe Minderheit. Besorgt fragte sich eine deutsche Tageszeitung, ob der Europa-Gedanke nun selbst im bisher so euphorischen westlichen Nachbarland an Schwung verloren habe. Die Deutschen erwiesen sich derweil mit einer im europäischen Vergleich überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung von mehr als 60 % geradezu als Musterknaben.

## Seit Jahren pragmatischer Kurs Wiens

Das überwältigende «Ja» der Österreicher zu einem EU-Beitritt kontrastiert also auffallend mit der Stimmungslage in der Union, wo der noch vor wenigen Monaten mit hohem emotionalem Einsatz ausgetragene Streit über Maastricht mittlerweile wieder der Gleichgültigkeit von ehemals gewichen ist. Immerhin setzt sich allmählich die Ansicht durch, dass der sensibelste Plan der Unions-Verträge — die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung in diesem Jahrzehnt — ohnehin kaum Chancen auf eine fristgerechte Verwirklichung hat und vermutlich noch bis über das Jahr 2000 hinaus auf Eis liegen dürfte.

Wie erklärt sich vor diesem Hintergrund das in der Tat überwältigende und von den Meinungsforschern selbst wenige Tage vor der Abstimmung nicht für möglich gehaltene Votum der Österreicher für die Europäische Union? Und: Welche Konsequenzen könnte dieses Ergebnis für den Ausgang der Volksabstimmungen in Schweden, Finnland und Norwegen haben?

Die engagierten und bisweilen dogmatisch geführten Auseinandersetzungen im Vorfeld der Abstimmung liessen die Tatsache in Vergessenheit geraten, dass Österreich seit den fünfziger Jahren einen sehr pragmatischen Europa-Kurs steuerte. Das Verhältnis der Alpenrepublik zur Europäischen Gemeinschaft fand jahrelang dort seine Grenzen, wo die Immerwährende Neutralität des Landes tangiert wurde. Eine Vollmitgliedschaft kam nicht in Frage, vielmehr entschied sich Wien als Mitglied der EFTA für das europäische Freihandelsmodell.

## Die Immerwährende Neutralität

Das am 26. Oktober 1955 vom Nationalrat beschlossene Bundesverfassungsgesetz über die Immerwährende Neutralität Österreichs beendete die sich über rund zehn Jahre erstreckenden Auseinandersetzungen um die Souveränität des Landes. In Erwartung einer entsprechenden Neutralitätserklärung war am 15. Mai 1955 der Staatsvertrag zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und Österreich unterzeichnet worden. Am 25. Oktober verliessen dann die letzten auswärtigen Truppen das Land. Am Tag darauf formulierte Wien die Neutralitätserklärung, die über Jahrzehnte hinweg die Aussenpolitik Österreichs bestimmen sollte. Im Verfassungsgesetz über die Immerwährende Neutralität Österreichs heisst es unter anderem in Artikel I wörtlich:

«(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach aussen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine Immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

**Das überwältigende «Ja» der Österreicher zu einem EU-Beitritt kontrastiert mit der Stimmungslage in der Union, wo der mit hohem emotionalem Einsatz ausgetragene Streit über Maastricht wieder der Gleichgültigkeit von ehemals gewichen ist.**

**In den Jahren nach der Neutralitätserklärung steuerte Wien einen sehr pragmatischen Europa-Kurs.**

**Wien machte immer wieder deutlich, dass die österreichische Neutralität zwar politisch und militärisch, nicht aber wirtschaftlich oder ideologisch zu verstehen sei.**

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.»

In den Jahren nach der Neutralitätserklärung steuerte Wien einen sehr pragmatischen Europa-Kurs, der einerseits den ökonomischen Interessen eines in hohem Masse exportabhängigen Landes Rechnung trug, andererseits aber jeden Eindruck vermied, der als Aufweichung der Immerwährenden Neutralität hätte verstanden werden können. Die Bundeskanzler Julius Raab, Leopold Figl und Josef Klaus folgten in ihrer Europa-Politik vier Maximen:

Erste Priorität hatte dabei die absolute Einhaltung des Staatsvertrages. Zweitens machte Wien immer wieder deutlich, dass die österreichische Neutralität zwar politisch und militärisch, nicht aber wirtschaftlich oder ideologisch zu verstehen sei. Mit anderen Worten: Die Alpenrepublik fühlte sich der westlichen Welt zugehörig und trieb mit ihr regen Handel. Aus diesem zweiten Grundsatz leitete sich konsequenterweise der dritte ab, demzufolge es das erklärte Ziel Österreichs war, so weitgehend wie möglich am Aufbau eines freien Europa mitwirken zu können, ohne sich — und das war der vierte Grundsatz — gegenüber den kommunistischen Nachbarstaaten abzuschotten.

Einen ersten Vorstoss zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unternahm Wien bereits 1961, als es die Aufnahme von Verhandlungen mit dieser damals sechs Mitglieder umfassenden Staatengemeinschaft beantragte. Mitte der sechziger Jahre kam es dann zu Gesprächen, in denen es vor allem um den Abbau der Zölle für Industriewaren ging. Denn eines wurde den Österreichern sehr schnell klar: Die Mitgliedschaft in der EFTA allein sorgte noch nicht für eine prosperierende Wirtschaft. In der Tat verringerte sich der Anteil der EWG-Staaten an den Gesamtexporten Österreichs in den sechziger Jahren von 50 auf unter 40 %. Ganz offenkundig hatte die Nichtmitgliedschaft des neutralen Landes in der Wirt-

schaftsgemeinschaft diskriminierende Konsequenzen. Erst 1972 einigten sich Österreich und die EG auf die Bildung einer Freihandelszone, in der sämtliche Zölle für Waren des industriell-gewerblichen Sektors bis 1977 abgebaut werden sollten. Allerdings klammerten diese Vereinbarungen den Agrarsektor aus. In der folgenden Dekade stiegen die Exporte Österreichs in die Staaten der Gemeinschaft wieder kräftig an.

## Sicherheitspolitische Argumente überzeugten

Die Bedenken der Europa-Skeptiker konzentrierten sich vor der Volksabstimmung im Juni denn auch weniger auf wirtschaftliche als auf im weitesten Sinne ökologische und sicherheitspolitische Themen. Der österreichische Verteidigungsminister Werner Fasslabend hatte noch vor einem Jahr die Neutralitätspolitik angesichts der Überwindung der Bipolarität als «obsolet» bezeichnet. In den letzten Monaten zeigte sich jedoch, dass die Bürger der Alpenrepublik dieser Auffassung nicht unbedingt folgen mochten. In den Jahren nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages erfreute sich die Immerwährende Neutralität bei der Bevölkerung nicht unbedingt überwältigender Sympathien. Heute indessen gilt sie gleichsam als Teil der österreichischen Identität. Aussenminister Alois Mock, einer der engagiertesten Pro-Europäer, unternahm in den letzten Monaten manch argumentative Akrobatik, um den Österreichern zu versichern, eine EU-Mitgliedschaft des Landes sei nicht notwendigerweise mit der Preisgabe der Neutralität verbunden.

Überzeugender wirkte freilich ein anderes Argument des Aussenministers: Wien liege näher an Sarajevo als an Bregenz, liess Mock verlauten. Die anhaltende Balkan-Tragödie, die in vielen Ländern — zuletzt in Ungarn — zu verzeichnende Rückkehr der einstigen Kommunisten in die Regierungsverantwortung, die labile Lage in der Slowakei sowie die Nähe zu anderen Unruheherden (nur rund 600 km Luftlinie trennen Wien von der Ukraine) liessen manchen bis zuletzt unentschiedenen Österreicher doch zu einem zögernden «Ja» einschwenken.

Neben der massiven Kampagne nahezu aller angesehenen Politiker — von Präsident Klestil über Kanzler Vranitzky und Aussenminister Mock bis hin zum Wiener Bürgermeister Zilk —, fast aller Medien und sonstiger Autoritäten des Landes — darunter Kardinal König — trug sicherlich die in hohem Masse demagogische Anti-EU-Hysterie von Jörg Haider zum Abstimmungsergebnis bei. Plötzlich wurden nicht länger die seriösen und bedenkenswerten Argumente gegen eine EU-Integration diskutiert,

**Die anhaltende Balkan-Tragödie, die in vielen Ländern zu verzeichnende Rückkehr der einstigen Kommunisten in die Regierungsverantwortung liessen manchen Österreicher doch zu einem zögernden «Ja» einschwenken.**

**Sicherlich hat die Zweidrittelmehrheit für Europa einen psychologischen Effekt auf die Bürger in Schweden, Finnland und Norwegen, er darf aber auch nicht überschätzt werden.**

sondern pseudo-populistische Halbwahrheiten. Haider, einst überzeugter Anhänger einer EU-Integration, zerstörte gerade in den wichtigen letzten beiden Wochen vor der Abstimmung die Glaubwürdigkeit der Europa-Skeptiker.

## Vier Szenarien der EU-Zukunft

Bleibt die Frage, inwieweit die skandinavischen Staaten dem Beispiel Österreichs folgen werden. Sicherlich hat die Zweidrittelmehrheit für Europa einen psychologischen Effekt auf die Bürger in Schweden, Finnland und Norwegen. Andererseits darf der Österreich-Effekt nicht überschätzt werden. Jüngste Umfrageergebnisse, unmittelbar vor dem Referendum in Österreich veröffentlicht, deuten vielmehr auf ein mehr oder minder klares «Nein» der skandinavischen Länder hin. So sprachen sich Anfang Juni nur 40 % der Finnen, 33 % der Schweden und gerade eben 29 % der traditionell Europa-skeptischen Norweger für einen Beitritt zur EU aus.

Mit Blick auf den 1. Januar 1995 — den Termin für die geplante Erweiterung der Union — ergeben sich somit vier unterschiedliche Szenarien:

1. Österreich tritt als einziger Staat der Europäischen Union bei. Dies wäre zwar mit einem erheblichen Imageverlust für die EU verbunden, mancher in Brüssel könnte für diese «kleine Erweiterung» jedoch durchaus Sympathie empfinden. Die Integration des kleinen Landes wäre relativ einfach, und die jahrelange Südorientierung der Union bliebe erhalten.

Überdies wäre nach einem solchen Rückschlag auf absehbare Zeit keine neue Erweiterungsrunde zu erwarten.

2. Österreich und Finnland treten bei. Dieses sehr wahrscheinliche Modell wäre eine Integration vornehmlich aus sicherheitspolitischen Erwägungen. Nachteile: Finnland geriete zu einem Mitgliedstaat am Rande Europas, weit abgelegen vom nächsten EU-Mitgliedland Dänemark. Darüber hinaus würde die Zusammenarbeit der skandinavischen Länder untereinander auf Dauer erschwert.

3. Österreich, Finnland und Schweden treten bei. Dadurch entstünde für das NATO-Mitglied Norwegen eine ausserordentlich schwierige Situation. Denn nach zwei Absagen an Brüssel (die erste erfolgte am 25. September 1972) dürfte das nordische Land so schnell keine dritte Chance erhalten und würde im EWR-Wartesaal verharren.

4. Alle Bewerber treten bei. Sollte dieser «Best case» eintreten, entstünde eine Dynamik, die schon in den nächsten Jahren eine neuerliche Erweiterungsrunde erwarten liess (Malta und Zypern als Stärkung der Südflanke, die Staaten Mitteleuropas als erster Schritt zur Osterweiterung). Die dann entstehende Union würde sich von der heutigen markant unterscheiden.

So oder so: Der EU steht im kommenden Herbst also noch eine Reihe von weichenstellenden Entscheidungen bevor. Das Österreich-Referendum war erst der Anfang. ■

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 331 27 75

... Steiger druckt's